

Stellungnahme von Bündnis90/Die Grünen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Wir, die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen sehen Angesichts der aktuell steigenden Zahl von Migranten in unserer Gemeinde veranlasst dringend Unterstützung bei Land und Bund einzufordern. Die Situation in Odenthal ist besorgniserregend. Die geringen Kapazitäten zur Unterbringung zwingen uns stetig zum Kauf von Immobilien oder Containern. Daraus entstehen finanzielle Belastungen, die unsere Gemeinde nicht mehr länger tragen kann. Der soziale Friede in der Gemeinde ist, durch die zunehmende Einschränkungen, wie Unterbringungen von Menschen in Schulen und Orten wie Trauerhalle gefährdet.

Daher benötigen wir:

1.

Entlastung der Kommunen: Der Bund und das Land müssen umgehend Maßnahmen ergreifen, um die Kommunen zu entlasten. Die steigende Zahl von Flüchtlingen kann nicht allein von den Gemeinden bewältigt werden. Wir benötigen die Unterstützung von Bundes- und Landesebene, sowohl finanziell als auch logistisch.

2.

Die Schleuserkriminalität muss dringend und nachhaltig bekämpft werden. Mit weiteren Abkommen innerhalb der EU muss eine gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten sichergestellt werden. Eile ist geboten.

3. Fluchtursachen sollen bekämpft werden. Die Menschen sollen davor bewahrt werden ihre Heimat zwangsweise verlassen zu müssen. Hierfür muss die Entwicklungszusammenarbeit intensiviert und kriegerische Konflikte vermieden werden.

4.

Für diejenigen Menschen, die bleiben können und wollen, müssen ausreichende Integrationsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden. Dies umfasst den Ausbau von Kitas und Schulen, um Flüchtlingskindern Bildungschancen zu bieten

5.

Schon heute ist der Personalmangel in Deutschland gravierend: Es besteht ein breiter wissenschaftlicher Konsens darüber, dass wir Arbeitskräfte aus dem Ausland vom Leben und Arbeiten in Deutschland überzeugen müssen, um unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme zu sichern. Das Ziel der Bundesregierung, ein Gesetz zur Verbesserung der Fachkräfteeinwanderung zu erlassen, ist daher ausdrücklich zu unterstützen.

6.

Die Aufnahmekapazitäten auf Seiten von Bund und Ländern müssen rasch und in großer Zahl erweitert werden. Für Asylsuchende soll ein schnelleres Prüfverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge festgestellt werden.

7.

Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen

Zu einer einheitlichen Migrationspolitik auf europäischer Ebene gehört auch die Gleichwertigkeit, der in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gewährten, Integrations- und Sozialleistungen. Die unterschiedlichen Leistungsniveaus verstärken die ungleiche Verteilung erheblich.

Fraktion Bündnis'90 / Die Grünen